

KLIMA – Politik im Blindflug

(Climate Policy Flying Blind)

In jüngster Zeit stürmen Jugendliche während ihrer Schulzeit auf die Straße, um gegen die aktuelle weltweite Klimapolitik mit dem Slogan „Friday for future“ zu demonstrieren.¹ Völlig unklar ist, ob diese Personen wenigstens eine grobe Vorstellung davon haben wie die Welt aussehen würde, falls ihre Wünsche erfüllt würden.² Bereits heute erhalten sie sogar Lob der Bundeskanzlerin Merkel, die offenbar nicht einmal bemerkt, dass sich die Demonstrationen im Kern gegen die von ihr persönlich zu verantwortete Klimapolitik richten.

Mängelliste

(List of Shortcomings)

Gleichzeitig mehren sich Stimmen aus der Wissenschaft, welche bisher gängige Vorstellungen von Politik und Rechtsprechung zur Klimapolitik mindestens mit einem dicken Fragezeichen versehen.³ Selbst die Denk- und Arbeitsweise der EU in Kernbereichen hält strenger Prüfung nicht stand.⁴ Hinzu kommt ein Prüfbericht des Bundesrechnungshofes, der schwere Mängel der deutschen Klimapolitik rügt, aber von der Regierung mit leichter Hand als abwegig zur Seite geschoben wurde.⁵ Nicht zuletzt steht die Weigerung großer Nationen im Raum, frühere Absichtserklärungen einzuhalten, und statt dessen auch weiterhin das Weltklima negativ beeinflussen.⁶ Sogar die Weltbank soll sich bei der Förderung junger Staaten, die sich der Klimapolitik aus wirtschaftlichen Gründen widersetzen, nicht strikt an

¹ Brost u.a., Plötzlich: Bewegung, ZEIT Nr. 15/2019, S. 3

² Käfer, Beifall ohne Konsequenz, StZ Nr. 88/2019, S. 1

³ Sawicki, Dieselfahrverbote sind sinnlos, FAZS Nr. 15/2019, S. 23; Leopoldina (Nationale Akademie der Wissenschaften), Saubere Luft, April 2019; Becker + Soldt, Eine Zahl macht Karriere (Grenzwerte), FAZ Nr. 36/2019, S. 3; FAZ Nr. 48/2019, S. 17: Hartes Urteil von Ökonomen über die deutsche Energiepolitik (Wirtschaftsprofessoren); FAZ Nr. 24/2019, S. 15: Kohleausstieg löst enorme Kostenwelle aus; Hahn, Fakten, nichts als Fakten, 2014, S. 54 f, 75 f;

⁴ Grabitz, Sauber – aber viel zu teuer (Linienbusse elektrisch ab 2021), StZ Nr.92/2019, S.9

⁵ Fischer, aaO, S. 169 f

⁶ Hickmann, Globale Klimapolitik nach Paris, VN Nr. 3/2017, S. 123 ff; Maier, Umwelt, VN Nr. 1/2019, S. 35 (38)

Klimaziele halten.⁷ Nicht zuletzt erscheint das von der Politik ausgegebene Ziel, die Erwärmung der Welt zeitlich und sachlich eng zu begrenzen, schon heute unerreichbar⁸, wenngleich die CO-2 Emissionen von 1990 bis 2018 deutlich gesunken seien.⁹ Andererseits wurde in 2018 der starke Anstieg von Emissionen durch Kohlekraftwerke in Asien verursacht.¹⁰ Ob aber das Ziel zur Reduzierung selbst sachgerecht definiert ist und mit verhältnismäßigen Mittel angestrebt wird, blieb dabei sogar offen.¹¹ Insbesondere ist es für Wissenschaftler „schwer vorstellbar, dass durch technischen Fortschritt 90 % der heute entstehenden Emissionen eingespart werden könnten, wie dies für die Einhaltung der 2° C-Grenze nötig wäre.“¹² Dennoch beabsichtigt die Bundesregierung, noch 2019 durch ein Klimagesetz¹³ die Bürger, natürlich auf deren Kosten¹⁴, weiter in eine ungewisse Zukunft zu drängen, ohne deren Zustimmung zu haben.¹⁵ Deshalb ist es jetzt höchste Zeit, einige zentrale Aussagen zur Klimapolitik offen auf den Prüfstand zu stellen, und sachorientiert zu diskutieren. Dabei kommt der Autor auch auf seine frühere Frage zurück, ob es in der derzeitigen „Klimapolitik“ nur um die Rettung des Klimas geht, also der Erwärmung der Erde, oder ob nicht weitergehende, bisher nicht offen gelegte Ziele verfolgt werden.

Klimapolitik zur Veränderung der Welt

(Climate Policy to Change the World)

In Deutschland wird offiziell erklärt: „Der Klimawandel ist eine Tatsache. Zugleich steht fest: Die Veränderung des Klimas wird einen nachhaltigen Einfluss auf unsere hochindustrielle Wirtschaft und Gesellschaft haben. Es wird, wie bei allen Veränderungsprozessen Verlierer und Gewinner geben.“¹⁶ Bemerkenswert wird zudem, dass

⁷ FAZ Nr. 282/2018, S. 17: 200- Milliarden-Versprechen für arme Länder (Klimapolitik)

⁸ Dazu: Eichenberger + Stadelmann, So wird das nix mit dem Klima, FAZ Nr. 12/2019, S. 22

⁹ FAZ Nr. 79/2019, S. 15: Warum die CO-2 Emissionen so stark gesunken sind.

¹⁰ FAZ Nr. 72/2019, S. 19: So viel CO- 2 wie nie zuvor

¹¹ Dazu: Simonis, Handbuch der globalen Klimapolitik, 2017, S. 91 ff

¹² Edenhofer + Jakob, Klimapolitik, 2017, S. 46

¹³ Schuller, Teuer und planwirtschaftlich, FAZ Nr. 52/2019, S. 8; FAZ Nr. 68/2019, S. 17: letzte Hoffnung Klimakabinet; Walleit, Fehlende Aufrichtigkeit (Verkehrswende), StZ Nr. 73/2019, S. 1; Altenbockum, Wir viel Klimastaat, FAZ Nr. 85/2019, S. 1

¹⁴ Beispiel: FAZ Nr. 88/2019, S.18: Kohleländer sollen für Strukturumbau selbst zahlen

¹⁵ Dazu eingehend: Fischer, Politische Schocks in Deutschland und der EU, Ursachen und Folgen, 2019, Seite 248 – 264; jetzt auch: Dohmen u.a., Grüner Blackout, SPIEGEL Nr. 19/2019, S. 12 – 21; a.A. ohne Begründung: Mihm, Ein Schritt voran, FAZ Nr. 79/2019, S. 15

¹⁶ Nachweise bei: Fischer, Schocks, aaO. S. 186

ein „schärferer Klimaschutz neue Verteilungskonflikte zwischen und innerhalb der Staaten auslösen könnte.“¹⁷

Noch deutlicher sind vereinzelte Stimmen führender Klima-Folgen-Forscher: „Man muss sich von der Illusion freimachen, dass internationale Klimapolitik Umweltpolitik ist. Das hat mit Umweltpolitik...fast nichts mehr zu tun....Wir verteilen durch die Klimapolitik das Weltvermögen um...Aber wir müssen sehen, dass erfolgreiche Klimapolitiken eine andere globale Handels- und Finanzpolitik brauchen.“¹⁸ Darüber hinaus wird dort erklärt: „Der Klimawandel wird selbst bei erfolgreicher Klimapolitik auch reichen Gesellschaften sehr viel höhere Anpassungsleistungen abverlangen, von denen unklar ist, ob sie diese erbringen können.“¹⁹

Für den wichtigen Teil der Energieversorgung räumt die IEA²⁰ ein: „Umweltschutzmaßnahmen können erhebliche Veränderungen der Struktur des Energiehandels und der Energieinvestitionen mit sich bringen.“²¹

Und die Diskussion zur Einführung einer CO-2 Steuer oder eines CO-2 Mindestpreises²² könnte ebenfalls auf wirtschaftliche Umverteilungs-Absichten hindeuten. Aber bislang hat noch kein Politiker die Fähigkeit und den Mut bewiesen, der Bevölkerung die Struktur künftigen Lebens in Deutschlands, Europas und der Welt deutlich zu skizzieren. Die Bevölkerung sitzt in einem Jet, dessen Instrumente und Piloten keinen sicheren Kurs und Landeplatz gewährleisten. Wir befinden uns im Blindflug durch die Wolken.²³

¹⁷ Fischer, aaO, S. 188

¹⁸ Edenhofer, zitiert nach: Hahn, Fakten, nichts als Fakten, 2.Aufl., 2014, S.81

¹⁹ Edenhofer + Jakob, aaO, S. 58 (59); Beispiele: Greife + Thumm, Endspiel ums Öl, ZEIT Nr. 18/2019, S. 10 (Russland + Saudi-Arabien); Pinzler, Wer soll für die Umwelt zahlen? ZEIT Nr. 15/2019, S. 21;

²⁰ International Energy Agency

²¹ IEA, Energie und Umweltpolitik, 1991, S. 180; Edenhofer + Jakob, aaO, S. 119 f; Schröder, Energiewende (Schwarzbuch), 2018, S. 127 ff (Bedeutung des Stroms heute)

²² Dohmen u.a., Raus aus Absurdistan, SPIEGEL Nr. 49/2018, S. 24 – 30; Weimann, Unterschätzter Emissionshandel, FAZ Nr. 69/ 2019, S. 16; Edenhofer + Jakob, aaO, S. 84 ff; Pinzler, aaO, S. 21; FAZ Nr. 100/2019, S. 16: der Königsweg für den Klimaschutz; Pinzler, Keine Klassenfrage, ZEIT Nr. 19/2019, S. 1; Mihm, Wege aus der Klima-Sackgasse, FAZ Nr. 98/2013, S. 4; Hauser, Die CO-2-Steuer schadet den Reichen, FAZ Nr. 18/2019, S.21; Schäfer, CO-2 Steuer könnte Strom und Gas verteuern, StZ Nr. 103, S. 13; in Deutschland sollen derzeit 62 % der Bevölkerung gegen eine CO-2 Steuer votieren (ARD-DeutschlandTREND Mai 2019, S. 11)

²³ Fischer, Schocks, S.237 – 241; Böttiger, Klimawandel (Gewissheit oder politische Machenschaft ?), 2008, S. 88 - 119

Rettung des Weltklimas

(Saving the Global Climate)

Die konkrete Frage, ob die Klimapolitik ausschließlich oder mindestens vorwiegend das Ziel hat, das Weltklima zu „retten“, oder ob es letztlich um die Beseitigung der heutigen Wirtschaftsordnung aus politischen Gründen geht, lässt sich auch aus dem Paris Agreement von 2015 beantworten:²⁴

„This Agreement ... aims to strengthen the global response of climate change, in the context of sustainable development and efforts to eradicate poverty, including by:

a) Holding the increase in the global average temperature to well below 2 ° C above pre-industrial levels and the pursue efforts to limit the temperature increase to 1,5°C above pre-industrial levels, recognizing that this would significantly reduce the risks and impacts of climate change.“(Article 2/a)

Hierzu werden also auch gezählt: „efforts to eradicate poverty.“ (Article 2/ sentence 1). Damit ist das weite Feld zwischen Folgen der Klimaproblematik, der Wirtschaft und der sozialen Lage der Menschen eröffnet, die im Auge behalten werden müssen. Auf dieser Schiene fährt auch der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD aus 2018.²⁵ Doch in den veröffentlichten Arbeitspapieren der Behörden werden bürokratisch allein Zielvorstellungen in Form von Prozentsätzen genannt.²⁶

Und Article 21 enthält eine bemerkenswerte Minimalbeteiligung: „This Agreement shall enter in force on the thirtieth day after the date on which at least 55 Parties of the Convention accounting in total for at least an estimated 55 percent of the total global greenhouse gas emissions have deposited their instruments of ratification, acceptance, approval or accession.“

²⁴ Quelle: FCCC/CP2015/L.9

²⁵ Fischer, aaO, S. 111 f

²⁶ BMU: Projektionsbericht 2017 für Deutschland gemäß VO (EU) Nr. 525/ 2013.

Schwere Zweifel am reinen Klima-Ziel drängen sich heute schon deshalb auf, weil die Weigerung der USA, Chinas, Australiens und Pakistans, ernsthafte Schritte in diese Richtung mitzugehen, also die Beeinflussbarkeit des Weltklimas in der bisher formulierten Richtung, effektiv ausschließt. Bisher wurde immer betont, die Klimapolitik könne nur dann erfolgreich sein, wenn sich **alle** Länder und Staaten dieser Welt im Gleichschritt engagierten. Nun unterstellen Optimisten, der UN-Generalsekretär könne alle heute widerstrebenden Staaten motivieren, künftig an der Klimapolitik aktiv mitzuwirken. Wer sich jedoch die Machtlosigkeit sogar des UN-Sicherheitsrates zur Sicherung des Weltfriedens, also einem ebenfalls zentralen Problem, vor Augen führt²⁷, kann dieser Erwartung keine reale Chance einräumen. Ähnliches gilt für den Umweltschutz.²⁸ Und noch viel weniger kann erwartet werden, dass sich jene Länder Deutschland und die EU zum Vorbild nehmen und dann ihre gänzlich anderen Vorstellungen aufgeben.

Generell: Wer heute ein Ziel verfolgt, das sich inzwischen als unerreichbar erweist, muss sich selbst ernsthaft die Frage stellen, ob er seine Aktivitäten wegen Unerreichbarkeit des Ziels sofort vollständig einstellen muss, oder ob vielleicht eine „kleine“ Lösung mindestens einen Teil-Erfolg bringen könnte. Skizziert werden jedoch nur Horror-Szenarien für den Fall, dass sich der Klimawandel fortsetzen würde.²⁹ Von anderen Überlegungen ist in der breiten Öffentlichkeit bisher nicht viel bekannt.³⁰ Vielleicht wird darüber nicht offen gesprochen, um den Druck auf die Bevölkerung zur Erfüllung behördlicher Vorgaben aufrecht zu erhalten. Es kann jedoch auch sein, dass eine Aufteilung der Klimaziele deshalb zwingend ausscheidet, was aber nicht zugeben wird, weil das Klima eben eine einheitliche Größe ist, die nur von allen Staaten gemeinsam positiv beeinflusst werden könnte. In diese Richtung tendiert der Autor. In diesem Fall müsste allerdings rasch nach Wegen gesucht werden, die befürchteten Klimanachteile unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit bestmöglich zu reduzieren oder zeitlich hinauszuschieben. Ganz anders wäre die Ausgangslage für die Entscheidung allerdings dann, falls wesentliche und vorrangige Ziele der

²⁷ Dazu: Fischer, Internationale Streitfälle gestern und morgen, 2. Aufl., 2017, S. 145 ff; Wolfram, Entscheidungsprozesse im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, 2012, S. 343 ff

²⁸ Volger, Grundlagen und Strukturen der Vereinten Nationen, 2007, S. 189 - 217

²⁹ Simonis, aaO, S. 75 -84; Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Klimafolgen für Deutschland, 2013

³⁰ Mihm, Wege aus der Klima -Sackgasse, FAZ Nr. 98/2019, S. 4

„staatlichen Klimapolitik“ wirtschafts- und sozialpolitische Aspekte sein sollten, die auch beim Scheitern der offiziellen Klimapolitik durchsetzbar wären. Diesem Gesichtspunkt widmen sich die folgenden Untersuchungen.

Kritik am Pariser Klima-Gipfel 2015

(Criticism of the 2015 Climate Summit)

Politische Ideen zur Schaffung der Gerechtigkeit in der Welt haben inzwischen auch Eingang in die westliche Politik gefunden. Sozialkritische Wissenschaftler, vorwiegend aus Entwicklungsländern, sehen die Ergebnisse der weltweiten Klimakonferenz so:³¹

„Die Beiträge der Länder zur Emissionsminderung sind nicht ausreichend....Die gesamte Hoffnung beruht darauf, dass die Regierungen handeln und die Eliten verstehen und die Regeln befolgen, um die Benutzung fossiler Brennstoffe zu beenden.....Die Verhandlungsführer bemühten sich redlich, die wirklichen Probleme (Menschenrechte und Rechte der indigenen Völker) zu vermeiden. Und noch weniger beschäftigten sie sich damit, substantielle Lösungen zu suchen....Ohne ökologische Gerechtigkeit gibt es keine soziale Gerechtigkeit und ohne soziale Gerechtigkeit keine ökologische Gerechtigkeit....“

Damit ist auch hierdurch der Weg zu den sozialen Konsequenzen der Klimapolitik angesprochen. Deshalb muss an dieser Stelle auch aus internationaler Sicht auf die Globalisierung der Weltwirtschaft und ihre Konsequenzen hingewiesen werden.

Globalisierung

(Globalization)

„Seit Jahrzehnten kommt es in den Entwicklungsländern immer wieder zu Unruhen, wenn die ihnen verordneten Sparprogramme von der Bevölkerung allzu große Entbehrungen fordern, doch ihre Proteste blieben im Westen weitgehend unbeachtet. Neu ist die Welle von Protesten in den Industrieländern.“³²

³¹ Acosta + Brand, Radikale Alternativen (Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann), 2017, S.81 -88

³² Stiglitz, Die Schatten der Globalisierung (Übersetzung aus dem Amerikanischen) 2002, S.17

„Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass Liberalisierung und Marktöffnung mit ernüchternden Problemen verbunden sind. Der IWF³³ verfolgt blind diese Ziele, oft auf Kosten der Länder, die schlecht für diese Maßnahmen gewappnet sind.“³⁴

„Der IWF geht schlichtweg davon aus, dass sich in kürzester Zeit Märkte für jedes Bedürfnis herausbilden, während in Wirklichkeit der Staat deshalb aktiv wird, weil Märkte grundlegende Dienstleistungen nicht bereitstellen.“³⁵

Ausschlaggebend für den Erfolg neuen Denkens sind die „zugrundeliegenden Einstellungen: Der Schutz der Umwelt, der Wille, den Armen ein Mitspracherecht bei Entscheidungen einzuräumen, die sie betreffen, die Förderung der Demokratie und fairer Handel sind notwendig, wenn Verheißungen der Globalisierung eingelöst werden sollen.....Bei politischen Debatten vertreten nur wenige Personen offen ihr Eigeninteresse. Alles wird mit dem Deckmantel des Gemeinwohls umflort.“³⁶

„In unseren demokratischen Gesellschaften bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die richtige Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bei einigen dieser Kontroversen geht es um Werte – wie viel liegt uns an einer intakten Umwelt.....oder wie viel bedeutet uns Demokratie?“³⁷

„Sowohl die Industrieländer als auch die Entwicklungsländer verbrennen fossile Energieträger, und beide gehen mit ihren Energieressourcen nicht schonend um. In dem Maße, wie technologische Innovationen und stark gesunkene Transport- und Kommunikationskosten die Menschen der ganzen Welt näher zusammenbrachten und eine stark verflochtene Weltwirtschaft schufen, hat die Weltgemeinschaft globale Institutionen gegründet, um die globale Probleme anzugehen, die kollektives Handeln erfordern.....Die Probleme sind komplex, und kollektives Handeln ist auf jeder Ebene schwierig.“³⁸

³³ International World Finance Organisation

³⁴ Stiglitz, aaO, S. 71: eingehend; Wolff, Weltmacht IWF (Chronik eines Raubzuges), 2014, S. 91 ff

³⁵ Stiglitz, aaO, S. 72; Fischer, Internationale Streitfälle gestern und morgen, 2016, S. 193 -200

³⁶ Stiglitz, aaO, S. 248 f

³⁷ Stiglitz, aaO, S. 251

³⁸ Stiglitz, aaO, S. 258

Auch aus dieser Analyse müssen für die Beurteilung der Klimapolitik die Konsequenzen gezogen werden, dass Klimapolitik und Wirtschaftspolitik sachlich und politisch eng verknüpft sind.

Klimapolitik als Hebel zur Abschaffung des Freien Marktes

(Climate Policy as Leverage to Eliminate the Free -Market Economy)

Damit drängt sich die weitere Frage auf, warum die Politik die bisherige Klimapolitik auf dem Abstellgleis fortführt, und zwar ohne alle Bürger umfassend über das Leben nach der Klimawende konkret zu informieren. Sie versteigt sich sogar bei zentralen Entscheidungen in die, in einer Demokratie abwegige Erklärung, es komme nur auf die Meinung des „relevanten Teil der Bevölkerung“ an, der die Regierungsmeinung als alternativlos billige.³⁹

Ein scharfer Blick in die politische Literatur öffnet dann ein deutliches Bild:

Verfechter der Abschaffung des Freien Marktes haben für sich erkannt, dass die Klimaproblematik einen Hebel biete, ihre eigenen politischen Forderungen durchzusetzen: „Weltweit sind enorme Investitionen nötig, um auf Klimagefahren und Extremwetterlagen human und gerecht zu reagieren.....Der Klimawandel macht keine blitzblanke neue Bewegung notwendig, die auf magische Weise durchsetzt, woran andere gescheitert sind. Als weitreichende Krise, zu der die extraktivistische Weltsicht geführt hat, kann der Klimawandel vielmehr die Kraft - der große Schub - sein , der all diese noch lebenden Bewegungen zusammenführt. Ein reiðender Strom, in den zahllose Bäche münden, die mit vereinter Kraft das Meer erreichen....Was heute zählt, das Problem, das den Horizont versperrt, ist die Notwendigkeit einer Neuverteilung der Reichtümer. Die Menschheit muss, unter dem Risiko, aus den Fugen zu geraten, dieser Frage Herr werden. Der Klimawandel ist unsere Chance, diese schwelenden Missstände endlich zu korrigieren und die unvollendete Aufgabe der Befreiung zu vollenden....Im Wesentlichen besteht die

³⁹ So: Bericht der Ethik – Kommission zum Atomausstieg, 2011, Ziffer 16; ähnlich abwegig: Land Baden - Württemberg: „Bürger dürfen bei Klimaschutz mitreden“ (!!!!), StZ Nr. 78/2019, S. 5

Aufgabe darin, nicht einfach alternative Vorschläge für die Politik zu machen, sondern eine andere Weltsicht zu jener vorzustellen, die Hauptverursacher der ökologischen Krise ist – eine Weltsicht, bei der Wechselbeziehungen statt Hyper-Individualismus im Mittelpunkt stehen, Gegenseitigkeit statt Dominanz und Kooperation statt Hierarchie. Dies ist die Grundvoraussetzung für die Schaffung eines politischen Umfeldes, das die drastische Verminderung der Emissionen gewährleistet, wie auch die Bewältigung der Katastrophen.....Die moralisch klarsten Äußerungen kommen oft von jungen Menschen, die auf der Straße und zunehmend auch vor Gerichten Generationengerechtigkeit verlangen....Die Ideologie des freien Marktes ist durch Jahrzehnte zunehmender Ungleichheit und Korruption diskreditiert und hat viel von ihrer Überzeugungskraft verloren....“⁴⁰

Diese Zielsetzung ist deutlich. Deshalb muss an dieser Stelle geklärt werden, ob die deutsche Bundesregierung und / oder EU zur Abschaffung der Freien Marktwirtschaft über die Klimapolitik die Hand reichen dürfen.

Das Grundgesetz ist wirtschaftspolitisch neutral, hat also keine konkrete Wirtschaftsordnung vorgeschrieben.⁴¹ Anders ist die Lage in der EU: Denn nach Art. 119 Abs. 1 AEUV ist die Wirtschaftsverfassung der EU dem „Grundsatz der offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet.“⁴² Nicht auszuschließen ist allerdings, dass die Klimapolitik der EU im Kern die freie Marktwirtschaft nennenswert beeinträchtigt. Sie muss deshalb so gestaltet werden, dass diese Gefahr ausgeschlossen ist. Diese Gefahr läge allerdings dann nahe, wenn die reine Klimapolitik, so wie hier angenommen, nicht zum Erfolg geführt werden könnte. Welche einschlägigen Sicherheiten die EU bei der Klimapolitik gesetzlich und faktisch einbauen muss, bedarf einer sorgfältigen Analyse der Nahtstellen, die hier zunächst offenbleiben muss.

Jedenfalls besteht kein Anlass, die hier gezeigten politischen, in die Klimapolitik eingewebten Bestrebungen auf die leichte Schulter zu nehmen. Gefährlich wäre insbesondere auch, wenn die USA, Russland oder China nach erheblicher technischer und finanzieller Schwächung der EU durch deren Klimapolitik die Möglichkeit erhalten würden, europäische Unternehmen zum Schrottpreis zu übernehmen, Arbeitsplätze zu vernichten, den deutschen Lebensstandard zu

⁴⁰ Klein, Die Entscheidung Kapitalismus vs Klima, 2015, S. 539 - 560

⁴¹ Jarass- Pieroth, GG, 12. Aufl., 2012, Rdnr. 2; Altenbockum, Mehr Staat für ein besseres Klima?, FAZ Nr. 83/2019, S. 10

⁴² Schwarze – Hatje, EU-Kommentar, 3. Aufl., 2012, Rdnr. 9 ff / Art. 119 AEUV

ruinieren und so auch ihre politischen Vorstellungen weltweit durchsetzen könnten. Für eine solche Entwicklung würde es in Deutschland heute sicher keine Zustimmung der Bevölkerung geben.

Aufgabe der Politiker ist es, ihre“ Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen und seinen Nutzen zu mehren“ (Art. 56, 64 GG). Ob auf diesem steilen und steinigen Weg Schlagworte, plakatiert im aktuellen EU-Wahlkampf, die lauten „Kommt der Mut. Geht der Hass“, ⁴³ hilfreich sein könnten, darf bezweifelt werden.

ZUSAMMENFASSUNG IN 10 Thesen

Summary in ten theses

- 1. Die Klima-Politik Deutschlands und der EU zielt nicht nur auf die Reduzierung von Gefahren für Gesundheit der Bürger ab, sondern bezweckt sogar die Umverteilung der Vermögen weltweit.**

The climate policy of Germany and the EU aims to not only reduce health hazards for the citizens, but even redistribute global wealth.

- 2. Bislang haben Politiker immer nur ein trostloses Bild von einer durch den Klimawandel zerstörten Welt skizziert.**

Politicians have so far always only painted a bleak picture of a world destroyed by climate change.

- 3. Keine hinreichend klaren Aussagen gibt es zum Zustand der Welt, wenn die Klimapolitik erfolgreich wäre.**

There are no sufficiently clear statements on what the world would look like if the climate policy were to be successful.

- 4. Falls es nicht gelingt, alle Staaten der Welt zur Mitwirkung an der Klimapolitik zu motivieren, muss mit einem Scheitern insgesamt gerechnet werden.**

⁴³ Werbeplakat der Partei „Die Grünen“ in Baden-Württemberg, April 2019

If we do not manage to motivate all countries of the world to contribute to implementing the climate policy, an overall failure has to be expected.

- 5. In der Demokratie kann das Parlament nicht ohne eindeutige Vollmacht durch das Volk eine Klimapolitik betreiben, welche die oben skizzierten zentralen Lebensumstände herbeiführen soll. Das gilt sowohl für alle sozialen als auch für alle wirtschaftlichen Aspekte. Für das Erreichen des Gemeinwohls ist die Regierung beweispflichtig.**

In a democracy, the government cannot pursue a climate policy that is to bring about the essential living conditions outlined above without having been expressly authorized by the people. This applies to all social and all economic aspects. The government is accountable for achieving the public good.

- 6. Die Bevölkerung hat Anspruch auf umgehende und vollständige Informationen gegen die Regierungen. Und sie kann ihre Zustimmung oder Ablehnung nur in einer gut vorbereiteten Volksabstimmung erteilen. ⁴⁴**

Citizens are entitled to receive timely and complete information from the government. And they are only able to give or withhold their consent in a well-prepared referendum.

- 7. Die Bevölkerung kann ihr Demonstrationsrecht einsetzen, um politischen Druck auf die Regierung aufzubauen.**

Citizens can exercise their right to demonstrate to exert political pressure on the government.

- 8. Gegen einzelne Vorschriften zur Klimapolitik können Bürger sofort alle verfassungsmäßig garantierten Rechtsmittel einsetzen.**

⁴⁴ Dazu eingehend: Fischer, Politische Schocks in Deutschland und der EU, 2019, S. 235 – 266.

Citizens can immediately resort to all constitutionally guaranteed legal remedies against individual regulations of the climate policy.

- 9. In der EU besteht eine Bindung an die Grundsätze einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ (Art. 119, 120 AEUV).**

In the EU, the principles of an „open market economy with free competition“ must be observed (Art. 119, 120 TFEU).

- 10. Das Grundgesetz ist wirtschaftspolitisch neutral.**

The Basic Law of Germany is neutral in respect of economic policy.